Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 24. Oktober 2024 | Nr. 43 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Die Sozialisten in der Gewaltspirale
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Stromsektor: Stabilität vor linker Symbolpolitik
von Paul von Euw
Seite 3

Aktuell
Nein zu religiösem Separatismus: Cervelat statt Halal-Sugus!
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Linkes Staats- und Politversagen im Stadtzürcher Kita-Bereich
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Abstimmungsarena der SVP Bezirk Hinwil
Seite 7

ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2025

Nicht alles gehört in unsere Kantonsverfassung!

Am Sonntag, 30. November 2025, kommen die Stimmberechtigten des Kantons Zürich in den Genuss von vier kantonalen Abstimmungsvorlagen. Eine Volksinitiative mit dem Wortlaut «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» will Ergänzungen in unserer Kantonsverfassung festschreiben.

Die SVP des Kantons Zürich empfiehlt, die Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» und den Gegenvorschlag dazu abzulehnen. Bild: Adobe Stock

Alles der Reihe nach: Im Jahr 2024 wurde von der Piratenpartei und Mitstreiterinnen und Mitstreitern eine kantonale Volksinitiative in der Form der allgemeinen Anregung mit folgendem Begehren eingereicht: Es wird ein Grundrecht auf Wahrung der digitalen Integrität und folgende davon abgeleitete Rechte gefordert:

– Ein Recht auf Vergessenwerden
– Ein Recht auf ein Offline-Leben
– Ein Recht auf Informationssicherheit
– Ein Recht darauf, nicht von einer Maschine beurteilt zu werden
– Ein Recht darauf, nicht überwacht, vermessen und analysiert zu werden
– Ein Recht auf Schutz vor Verwendung von Daten ohne Zustimmung, welche das digitale Leben betreffen.

Warum diese Initiative?

Die Digitalisierung bringt neue Technologien wie künstliche Intelligenz, Gesichtserkennung und digitale Zugänge mit sich. Diese Entwicklungen bieten Chancen, werfen aber auch Fragen zum Schutz der Privatsphäre und zur freien Meinungsbildung auf. Eine kantonale Volksinitiative fordert daher zusätzliche Grundrechte, darunter ein Recht auf digitale Unversehrtheit, in der Kantonsverfassung.

Nicht alles in die Kantonsverfassung!

Die Kantonsverfassung ist unser verfassungsmässig höchstes Gut. Die Grundsätze darin sind zu wahren und zu respektieren. Das soll nicht heissen, dass diese auf Lebzeiten so festgeschrieben sein sollen. Im Gegenteil: Für die SVP gibt es ab und zu gute Gründe, diese anzupassen. Nicht aber in diesem Fall! Die SVP hätte es hier lieber gesehen, wenn diese Initiative nicht im Kanton Zürich, sondern in Bundesbern eingereicht worden wäre. Da wäre sie für uns am richtigen Platz gewesen. Der Datenumgang zwischen Privaten und den öffentlichen Institutionen im Kanton Zürich wird im kantonalen IDG (Gesetz über die Information und den Datenschutz) geregelt. Hingegen wird der Datenumgang zwischen Privaten beim Bund in Bern geregelt. Wir haben es hier also mit einem klassisch falsch adressierten Brief zu tun. Vieles im Kanton Zürich ist schon gut geregelt.

Gute Gesetze und Regeln für alles

Auch bei uns hat man nicht immer das Recht, vergessen zu werden. Verjährungsfristen sind gesetzlich geregelt und an diesen soll nicht gerüttelt werden. Die kantonale Verwaltung im Kanton Zürich funktioniert nach «Digital first» und nicht nach «Digital only». Das heisst, dass auch in Zukunft prioritär digital kommuniziert wird, jedoch wie bisher auch analoge Dienstleistungen angeboten werden. Die Informationssicherheit wird in Paragraf 10 des neuen IDG genau geregelt und in Paragraf 13 Absatz 3 wird festgehalten, wie algorithmische Entscheidungssysteme eingesetzt werden können. Jede Überwachung im öffentlichen Raum muss von einer Behörde abgesegnet werden und der öffentlichen Sicherheit dienen. Ein Recht auf Schutz vor Verwendung von Daten ohne Zustimmung, welche das digitale Leben betreffen, kann vom Kanton nicht durchgesetzt werden. Dies betrifft ebenfalls Bundesrecht.

Gegenvorschlag weckt falsche Hoffnungen und kostet viel

Der eingereichte Gegenvorschlag der Grünen, welcher von Mittelinks und der GLP unterstützt wird, weckt bei der Bevölkerung ebenfalls falsche Hoffnungen. Auch mit einer abgeschwächten Version der sechs Hauptforderungen wird nur Symbolpolitik betrieben. Die SVP sieht diesen Gegenvorschlag wie der Regierungsrat ebenfalls kritisch und hat Sorge vor ausufernden Kosten infolge Inneffizienz und Überregulierung in den öffentlichen Verwaltungen.

> *«Wir haben es hier mit einem klassisch falsch adressierten Brief zu tun.»*

Die Kantonsverfassung des Kantons Zürich besagt in Artikel 10 Absatz 1: Die Menschenrechte und Grundrechte sind gemäss der Bundesverfassung, den für die Schweiz verbindlichen internationalen Abkommen und der Kantonsverfassung gewährleistet.

Aus all diesen Gründen empfiehlt die SVP des Kantons Zürich, die Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» und den Gegenvorschlag dazu abzulehnen. Bei der Stichfrage geben wir dem Gegenvorschlag den Vorzug. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Roman Schmid
Kantonsrat SVP und Stadtpräsident Opfikon

Einladung zum Racletteplausch
Samstag, 25. Oktober 2025, ab 11.30 Uhr

Forsthaus Mühleholz
Haldenstrasse, Uster

Gastreferent
Tobias Weidmann
Kantonsrat und Fraktionspräsident der SVP Kanton Zürich

«Ich will meine Schweiz zurück!»
Mit seiner sachlichen, charakterstarken Art und seiner politisch klaren Haltung prägt Tobias Weidmann die kantonale Politik massgeblich mit. Als Fraktionspräsident kennt er die grossen Linien ebenso wie die Details – und weiss, wie man die Stimme der SVP wirksam einbringt.

Kommen Sie vorbei. Diskutieren Sie mit. Ihre Meinung zählt.

Samstag, 25. Oktober 2025
Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse, 8610 Uster

Anmeldung SVP Uster:
Präsident Daniel Schnyder
daniel.schnyder@svp-uster.ch

Für eusi Lüüt
Liste 2 wählen!
Gemeinderatswahlen | 12. April 2026
Schweizer Qualität SVP Ehrlich. Engagiert. Für Uster.

Christoph Mörgeli

Linksdrall und Zwangsgebühren

Einige Monate vor der Abstimmung über die Initiative «200 Franken sind genug!» unternimmt SRG-Generaldirektorin Susanne Wille eine Charmeoffensive. Dabei versucht sie, ihr geräteunabhängiges zwangsfinanziertes Medienmonopol als «Klammer der Nation» hochzuwuchten. Was Wille will, ist folgendes Motto: «D'Schwiiz hebt zäme». Bei ihrer öffentlichen Beizentour im öffentlichen Säli in Kriegstetten hielt sich das öffentliche Interesse in Grenzen: «An den grossen runden Tischen bleiben viele Plätze leer.» («Schweiz am Wochenende») Und die zwanzig angehenden Pflegefachleute sind erst noch auf Geheiss der Schulleiterin anwesend. Die SRG hat sich laut Susanne Wille dem «Kampf gegen die politische Polarisierung» verschrieben. Nur glaubt's ihr das Kriegstetter Publikum nicht. Alle Beiträge seien «rot-grün eingefärbt», tönte es. «Der Service public erscheine politisch einseitig und habe seine Glaubwürdigkeit verloren», wurde kritisiert. Die meisten Einwände betrafen die «Linkstendenz der SRG-Sender»: Politisch derart einseitigen Fernseh- und Radiobeiträgen «darf man die Gebühren ohne weiteres kürzen». Susanne Wille schien von solchen Klagen überrumpelt – oder sie tat jedenfalls so. Selbst als es konkret wurde: Was Moderator Arthur Honegger bei «10 vor 10» biete, «trage nicht zur Meinungsbildung bei – man müsse es als Meinungsmache bezeichnen». Hat sich Wille diesen Fernsehvolkserzieher noch nie angeschaut? Hat sie nie gemerkt, dass sich Honeggers Mimik vor Übelkeit verzieht, wenn er die Wörter «Trump» oder «SVP» aussprechen muss?

Ist Susanne Wille der «Zufall» entgangen, dass ehemalige Fernsehmitarbeiter wie Andreas Blum, Matthias Aebischer und Ueli Schmezer alle bei der SP politisieren? Hat sie verpasst, dass der Linksdrall der SRG schon vor über fünfzig Jahren ein parlamentarisches Thema war, das zur Gründung der heutigen Aktion Medienfreiheit geführt hat? Vor der Abstimmung wird's nun nur so wimmeln vor «Landfrauenküche», «Hofleben hautnah», «Lüpfig und müpfig». Hoffentlich vergebens. Denn was der Bauer nicht frisst, das kennt er.

NEIN ZUR 10-MILLIONEN-SCHWEIZ!

Damit die Schweiz Schweiz bleibt

Der Bundesrat, das Parlament und die Verwaltung in Bern haben vor der SVP-Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» einen Heidenrespekt. Denn sie wissen ganz genau: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen keine 10-Millionen-Schweiz.

Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

Unsere Bürger haben genug von der unglaublichen Bevölkerungsexplosion. Die Schweizer haben genug von der Zubetonierung unserer schönen Landschaft, genug von der Abnahme der Lebensqualität durch immer mehr Dichtestress, genug von Wohnungsnot und unbezahlbarem Wohnraum, genug von der Strapazierung unserer Infrastrukturen, genug von immer mehr Staustunden und überlasteten Zügen, genug von überforderten Spitälern und ständig höheren Gesundheitskosten, genug von der Plünderung unserer Sozialwerke, genug von der importierten Kriminalität, genug von Schulklassen, in denen gerade noch eine Handvoll Schweizer Kinder sitzt.

Parlament und Bundesrat missachten die Bundesverfassung

Das alles wollen die Schweizerinnen und Schweizer nicht. Sie haben das schon vor über elf Jahren deutlich gemacht – durch ihr Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP am 9. Februar 2014. Seither steht in Artikel 121a unserer Bundesverfassung schwarz auf weiss, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig mit Höchstzahlen und Kontingenten steuert. Aber Bundesrat, Parlament und Verwaltung haben sich geweigert, den Volkswillen umzusetzen. Sie haben das Resultat der Abstimmung ganz einfach ignoriert, bis zum heutigen Tag!

Aber es geht noch weiter: Mit dem neuen EU-Unterwerfungsvertrag wird die Personenfreizügigkeit nochmals deutlich erweitert, entgegen dem Volkswillen und entgegen der Bundesverfassung. Ich kann es leider nicht anders sagen: Der Bundesrat hat nicht nur einmal die Verfassung gebrochen, er will es jetzt zum zweiten Mal tun. Denn der Familiennachzug soll durch die Übernahme der sogenannten EU-Unionsbürgerrichtlinie nochmals enorm erleichtert und erweitert werden. Gemäss den neuen EU-Verträgen dürfen kommen: Ehegatte, eingetragene Partner, Kinder, Stiefkinder, Enkel, Eltern, Grosseltern, Schwiegereltern, Schwieger-Grosseltern. Für pflegebedürftige Familienangehörige wird der Familiennachzug ebenfalls erleichtert.

EU-Unterwerfungsvertrag führt zu noch mehr Zuwanderung

Dieser erweiterte Familiennachzug wird zu einem zusätzlichen Zuwanderungsschub führen. Zuwandern via Personenfreizügigkeit dürfen künftig auch alle Bewohner der neuen EU-Beitrittskandidaten, sobald diese definitiv aufgenommen sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Kosovo und wahrscheinlich die Ukraine. Auf der Warteliste stehen die Türkei und Armenien. Auch dies wird die Zuwanderung nochmals stark befeuern.

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz! Doch die Massenzuwanderung wird sich nach der möglichen Annahme des EU-Unterwerfungsvertrages und aufgrund des fortdauernden Asylmissbrauchs nicht nur fortsetzen, sondern noch beschleunigen.

Darum empfehle ich Ihnen dringend ein JA zur Nachhaltigkeitsinitiative. Wenn dieses Parlament die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst nimmt und die Volksinitiative zur Ablehnung empfiehlt, dann bin ich überzeugt, dass unsere Stimmbevölkerung anders entscheidet. Denn unser Volk will, dass die Schweiz die Schweiz bleibt.

Der EU-Unterwerfungsvertrag wird zu einem zusätzlichen Zuwanderungsschub führen. Bild: Adobe Stock

QR-Code scannen und die Initiative unterstützen:

DIE SP IN DER GEWALTSPIRALE

Linke Gewalt in Worten und Taten

Laut einer Studie der Universität Zürich im Auftrag des Bundes erleben fast alle der nationalen, drei Viertel der kantonalen und knapp die Hälfte der kommunalen Parlamentarier Anfeindungen. Besonders betroffen sind Politiker der SVP und der Grünen. Allerdings sieht man bei Demonstrationen, dass vor allem die SP ein breites Gewaltproblem hat.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Dass in der direkten Demokratie solche Gewaltdrohungen passieren, zeigt, dass irgendwie etwas nicht stimmt. Das haben beispielweise die Coronazeiten gezeigt, in denen politische Anfeindungen massiv zunahmen.

Das Fanal von Bern

Nach der kürzlichen unbewilligten Palästina-Demonstration kam es zu massiven Verwüstungen. Es gab Sachschaden in Millionenhöhe. 18 Polizisten wurden verletzt. Die Parteileitungen von Grünen und SP blieben weitestgehend ruhig. Die Juso und die Bewegung Klimastreik hatten sogar zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Und die SP betont bei jeder Gelegenheit, die Jusos seien eine selbstständige Partei.

Stimmen der Vernunft

Alt Kantonsratspräsident Hartmuth Attenhofer trat unter anderem wegen der quasi nicht vorhandenen Gewaltdistanzierung der SP bei der Berner Demo aus der Partei aus. Auch SP-Ständerat Daniel Jositsch äusserte sich ähnlich. Er hätte eine proaktive Reaktion der Partei erwartet. «Ein paar Pseudorevolutionäre haben ihre Gewaltfantasien ausgelebt», sagte Jositsch dem «Tages-Anzeiger».

Klaviatur der Diffamierung

Fakt ist: Die SP hat seit Längerem ein eigenartiges Verhältnis zu sprachlicher und körperlicher Gewalt. Wenn SP-Co-Präsident Cédric Wermuth eben «Fuck Trump» schreibt, zeigt er, dass er kein sachlicher Politiker ist, sondern lediglich eine Stimmung anheizt. Lächerlich sind dann auch Schlagzeilen wie «SP plant Volksinitiative gegen geschlechtsspezifische Gewalt». Wie passt das zusammen, wenn die Jusos nach der Trump-Wahl schreiben: «Geh an eine Demo. Entfache ein Feuer. Wirf den ersten Stein.»

Gewalthetzer

Die SP hat mit diesem «Wirf den ersten Stein» der Jusos ein akutes Gewaltproblem. Nicht umsonst sagte der kürzlich verstorbene SVP-Nationalrat Alfred Heer einmal in einer Arena-Debatte: «Ihr seid eine üble, linke Partei, die zu Gewalt aufhetzt.»

Unabhängig von den Ereignissen der letzten Tage und Wochen: Demonstrationen müssen bewilligt werden. Nicht bewilligte Demonstrationen sind aufzulösen. Gesetze sind durchzusetzen, Vermummte sofort festzunehmen. SP-dominierte Stadtregierungen verhindern leider die konsequente Anwendung der Gesetze.

SVP gegen Gewalt und Extremismus

«Das nächste Wochenende wird zeigen, ob Zürich aus Bern gelernt hat – und ob wir den Mut haben, Gewalt und Extremismus konsequent zu stoppen», sagte SVP-Fraktionspräsident Tobias Weidmann diesen Montag in einer Fraktionserklärung im Kantonsrat. Man wird sehen…

Die SP hat seit Längerem ein eigenartiges Verhältnis zu sprachlicher und körperlicher Gewalt. Bild: Unsplash/Alex McCarthy

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Energie oder viel Wind um nichts

Gleich zu Beginn der ersten Ratssitzung nach den Herbstferien standen erst einmal diverse formelle Wahlen an, welche nach vier Rücktritten von Ratsmitgliedern seitens Die Mitte und GLP notwendig wurden.

René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Beim ersten Geschäft Postulat 10/2021 (Solaranlagen auf den Flachdächern) ging es darum, dass der Regierungsrat im Planungs- und Baugesetz eine gesetzliche Grundlage ausarbeitet, damit Gemeinden die Möglichkeit erhalten, dass sie Solaranlagen auf Flachdächer im Meldeverfahren bewilligen können. Das breit abgestützte Postulat wurde unaufgeregt als erledigt abgeschrieben.

Abschreibungen und einstimmige Ablehnungen

Danach folgte das FDP-Postulat 357/2022 (Landfill-Mining-Deponien als Ressourcen), welches einmal mehr verdeutlicht, wie weit der Freisinn mittlerweile nach links abgebogen ist. Urs Wegmann meinte dazu klar, dass dieses Postulat nicht notwendig gewesen wäre, weil das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft AWEL dieses Anliegen bereits in der Vernehmlassung des Richtplanes berücksichtigt habe. In näherer und mittelfristiger Zukunft sei nicht mit zusätzlichen Standorten zu rechnen, welche sich für Landfill-Mining eignen könnten. Die SVP-Fraktion stimme deshalb der Abschreibung dieses Geschäftes zu.

Bei der Parlamentarischen Initiative (PI) 53/2022 (Flüsterbeläge: Bauen an Strassen ermöglichen), welche auch von uns bei der Eingabe mitunterzeichnet wurde, war der Grundgedanke, dass eine Rechtsgrundlage geschaffen werden sollte, um mit Flüsterbelägen die lärmschutzrechtlichen Anforderungen für eine Baubewilligung im Rahmen eines Gestaltungsplanes zu ermöglichen. In der Folge kam dann aber die SVP-Fraktion zur Kenntnis, dass sich die PI erledigt habe, weil seit der Einreichung dieser PI die Baudirektion die Praxis mit dem Einbau von lärmarmen Belägen geändert hat. Der Einbau von lärmarmen Belägen sei nämlich heute bereits Standard. Die PI wurde schliesslich einstimmig abgelehnt, weil erledigt.

> *«Die schädlichen Vorstösse aus der linksgrünen Ecke wurden erfolgreich bekämpft.»*

Das Postulat 431/2022 (Bau und Koordination von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen entlang von Nationalstrassen) gab dann doch etwas mehr zu diskutieren. Das Postulat forderte nämlich, dass die Energiegewinnung mittels PV-Anlagen entlang von Böschungen, Lärmschutzwänden, Überdachungen, Einhausungen, Raststätten und Nationalstrassen realisiert werden sollte. Dazu wurde der Kanton aufgefordert, zu prüfen, wie hoch das Potenzial für solche Anlagen im Kanton Zürich ist. Paul von Euw meinte in seinem Votum treffend, dass die Baudirektion einen sehr umfangreichen Bericht in Auftrag gegeben hat, welcher u.a. eine Gegenüberstellung von Potenzialen sowie den Energiegestehungskosten präsentiert. Diese Thematik sei dann auch fast ausschliesslich in der Kommission besprochen worden. Die Erkenntnisse daraus seien daher für die SVP-Deputation nicht sehr erhellend gewesen. Deshalb können diese drei zusammengefassten Postulate problemlos abgeschrieben werden.

Schädliche Initiative bekämpft

Bei der PI 395/2019 (Ökologischer Ausgleich) war dann fertig mit der Harmonie. Gemäss unserem Parteipräsidenten Domenik Ledergerber sind die ökologischen Ausgleichsflächen im Kanton Zürich heute bereits doppelt so gross, als sie mit dem ökologischen Leistungsnachweis gefordert werden. Daher mache eine Verschuldung des MAG-Fonds bis zu 50 Millionen Franken in der aktuellen finanziellen Situation des Kantons Zürich absolut keinen Sinn. Die vorliegende Parlamentarische Initiative sei bekanntlich von denselben Personen wie die kantonale Naturinitiative lanciert worden. Es werde eine Herkulesaufgabe für die Fachstelle Naturschutz, damit diese in den kommenden zehn Jahren über eine halbe Milliarde Franken in sinnvolle Naturschutzprojekte investieren könne.

Die Landwirte im Kanton Zürich würden seit bald 30 Jahren Ökoflächen nach Vorgaben von Fachspezialisten bewirtschaften. Nicht nur ein Hohn, sondern auch eine Schnapsidee sei es, weil die Bauern bekanntlich Bundesgelder für die Erstellung und Bewirtschaftung ihrer Ökoflächen erhalten würden. Im Kanton Zürich müssten die Bauern für die zusätzlich geforderten Flächen bezahlen. Die zusätzlichen Auflagen seien für die Zürcher Landwirtschaftsbetriebe wirtschaftlich nicht tragbar und würden zu einem deutlichen Nachteil der Zürcher Landwirtschaft gegenüber anderen Kantonen führen.

Weiter traf Domenik Ledergerber den Nagel auf Kopf, als er energisch meinte, dass die Initiative gespickt von Widersprüchen sei. Gemäss Art. 18 des Natur- und Heimatschutzgesetzes und dem Leitfaden «Umwelt Nummer 11» aus dem Jahr 2002 seien Kompensationsleistungen grundsätzlich im direkt beeinflussten Perimeter zu leisten. Diese Bundesvorgabe würde im Initiativtext nicht eingehalten. Im Gegenteil! Dies würden nämlich diverse Projekte zeigen, wie z.B. die Renaturierung der Glatt aufgrund des Flughafenausbaus oder die Renaturierungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Glattalbahn. Daher sei diese Initiative ein Vollangriff auf die produzierende Zürcher Landwirtschaft, denn die geforderte Gesetzesänderung würde mehr oder weniger sämtliche landwirtschaftlichen Bauvorhaben im Kanton Zürich betreffen, obwohl gerade diese Bauten zonenkonform seien. Landwirtschaftliche Bauvorhaben würden bereits sehr genau geprüft. Die SVP unterstützt deshalb diese schädliche und linksgrün gefärbte Initiative nicht. Mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wurde schliesslich diese Initiative hauchdünn abgelehnt, weil auf bürgerlicher Seite viele wegen Krankheit nicht anwesend waren.

Nein zu mehr Verfahren und Bürokratie

Und zum Schluss stand dann noch die Motion 228/2023 (Stopp mit Sistierungen nach der Vorprüfung im Baubewilligungsverfahren) auf der Traktandenliste. Unser Vertreter Walter Honegger meinte dazu sachlich, dass die Motion abzulehnen sei, weil sie zwar gut gemeint sei, aber keine wirkliche Verbesserung herbeiführen würde, da es bei komplexeren Bauvorhaben innert der Vorprüfungsphase notwendig sei, relevante Unterlagen einzufordern. Und wenn diese gar nicht bereitgestellt werden könnten, dürfe auch keine Stammbewilligung erteilt werden. Aus diesem Grund bedürfe es der Möglichkeit der Sistierung. Eine Aufhebung der Sistierungsmöglichkeit nach dem Vorprüfungsverfahren könne, wie auch vom Regierungsrat erkannt worden sei, zu vermehrten Falschentscheiden oder Rekursverfahren führen. Weiter suggeriere die Motion, dass die kantonalen Stellen Aktenergänzungen verlangen würden, welche gar nicht notwendig wären.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Hier soll geprüft werden, da soll geprüft werden… Hauptsache, es wird etwas geprüft.

Paul von Euw
Kantonsrat SVP
Bauma

Was dabei herauskommt, ist nebensächlich.

Unter diesen Titel könnte man die nicht weniger als drei Postulate zum Thema Photovoltaik stellen, welche der Kantonsrat am vergangenen Montag behandelte. Es ist immer wieder interessant zu sehen, mit welchen Themen Aktualitätsaufmerksamkeit gewonnen werden soll. Die aus dem Jahr 2022 – also zu Zeiten der drohenden Strommangellage – stammenden Postulate verlangten vom Regierungsrat, das Photovoltaikpotenzial in folgenden Bereichen zu prüfen: entlang von Kantonsstrassen, entlang von Nationalstrassen sowie entlang von Schienenverbindungen des öffentlichen Verkehrs. Finanziert werden könnte der möglichst schnelle Bau der PV-Anlagen mittels eines Rahmenkredits – notabene finanziert durch Steuer- oder Stromzahler.

Liebe Leserinnen und Leser, diese drei Postulate lieferten zur sicheren Stromversorgung in keiner Weise einen Mehrwert. Das sahen vermutlich auch die drei Postulanten so und äusserten sich nicht einmal mehr anstandshalber zu den Antworten des Regierungsrates. Eben: Das Resultat ist nebensächlich. Antworten aber, welche Parallelen zur konsequenten Energiepolitik der SVP enthalten. Das Fazit lautet nämlich: Weitläufige Photovoltaikanlagen, die weit entfernt vom Stromverbraucher liegen und für die eine zusätzliche Trägerinfrastruktur erstellt werden muss, sind nicht oder kaum wirtschaftlich zu betreiben. Die Wirtschaftlichkeit müsse im Einzelfall geprüft werden. Genau diese Einsicht vertritt die SVP seit Jahren.

Die SVP wird sich immer gegen eine Pflicht zum Bau von Photovoltaikanlagen aussprechen. Natürlich: Sollte jemand zum Schluss kommen, dass eine PV-Anlage für ihn oder sie mehr Vorteile als Nachteile bringt, kann jede und jeder eine solche Anlage freiwillig bauen. Aber der Staat darf dies nicht verordnen. Leider werden diese Diskussionen aktuell im Kanton Zürich geführt.

Wir dürfen nicht vergessen: Solarstrom ist teurer Strom. Solaranlagen werden im Sommer künftig gedrosselt, weil die Stromnetze die grosse Menge an Strom gar nicht aufnehmen können. Zudem benötigen Solaranlagen jederzeit ein zweites Kraftwerk, das bei Wolkenbildung sofort zur Stromproduktion bereitsteht. Solaranlagen sind für eine zuverlässige Stromversorgung in grossem Massstab zu unsicher.

Trotzdem können wir nach dem vergangenen Montag ein positives Zwischenfazit ziehen: Für PV-Anlagen an Verkehrsachsen wird kein Geld aus dem staatlichen Haushalt oder dem Gebührentopf entnommen – so die Zürcher Regierung. Trotzdem, oder gerade wegen, setzt sich die SVP aber weiterhin für eine stabile, sichere, bezahlbare und saubere Stromproduktion ein. Für eine Stromproduktion, die der Bevölkerung, dem Gewerbe und der Industrie dient und nicht der eigenen, individuellen Ideologie, um damit etwas Symbolpolitik zu machen.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

Die SVP setzt sich entschieden gegen eine Pflicht zum Bau von Photovoltaikanlagen ein. Bild: Pixabay

MEDIENMITTEILIUNG

Tempo 30 um den Hauptbahnhof
Die Stadt Zürich fürchtet sich vor dem Volk

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Schluss mit der linken Gewalt
Zürich steht hinter seiner Polizei

WORTE DES REDAKTORS

Vom Stimmungsbild zum Wahlerfolg

Das jüngste SRG-Wahlbarometer zeigt: Die SVP legt in der ganzen Schweiz zu. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger spüren, dass die zentralen Themen der Partei – Unabhängigkeit und Souveränität, Sicherheit, Asyl und Zuwanderung – wieder zählen. Nach Jahren ideologischer Experimente wächst das Vertrauen in eine Politik, die den Alltag der Menschen ernst nimmt. Der politische Wind hat gedreht.

Doch Rückenwind allein bringt kein Schiff ans Ziel. Umfragen sind Momentaufnahmen, keine Siege. Sie zeigen Zustimmung, sind jedoch keine Garantie für Erfolg an der Urne. Entscheidend ist, ob daraus Bewegung entsteht – in den Gemeinden, in den Städten, im ganzen Kanton Zürich.

Gemeinden als Herz der Politik

Die anstehenden Gemeindewahlen im nächsten Frühjahr sind mehr als lokale Abstimmungen. Sie bilden das Fundament für die kantonalen Wahlen 2027 und letztlich auch für die nationale Auseinandersetzung im selben Jahr. In den Gemeinden entscheidet sich, ob die Werte, die uns stark gemacht haben, weiterleben: Eigenverantwortung, Verlässlichkeit, bürgerliche Bodenhaftung. Dort, wo Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen – in Behörden, Räten, Schulpflegen – wird Politik konkret und greifbar.

Zürich war stets ein Kanton der Tat, nicht der Schlagworte. Menschen erwarten keine Parolen, sondern Haltung. Sie wollen Vertreter, die zuhören, anpacken und wissen, was das Leben kostet. Politisches Vertrauen entsteht nicht in Sitzungszimmern, sondern im täglichen Einsatz – in Vereinen, auf Baustellen, in Unternehmen, in der Landwirtschaft.

Erfolg will erarbeitet sein

Die aktuellen Umfragen sind deshalb keine Einladung zur Selbstzufriedenheit, sondern ein Auftrag. Sie zeigen, dass viele Menschen wieder eine verlässliche, bürgerliche Stimme suchen. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt statt Verantwortung verteilt. Eine Haltung, die sagt, was ist – auch wenn es unbequem klingt.

Das Jahr 2026 wird ein Richtungsentscheid: Eigenständigkeit oder Bevormundung, Leistung oder Umverteilung, Heimat oder Beliebigkeit. Der Kanton Zürich kann dabei ein Zeichen setzen – als Ort, wo Politik noch vom Leben ausgeht und nicht vom Leitfaden.

von Sean Burgess

DIE VERWALTUNG WÄCHST UND WÄCHST – ZEIT FÜR DIE PERSONALBREMSE!

Die Verwaltung im Kanton Zürich wächst ungebremst – jetzt Personalbremse-Initiative unterschreiben!

Die Verwaltung im Kanton Zürich wächst seit Jahren überproportional. Das darf so nicht weitergehen. Deshalb hat die FDP Kanton Zürich die Personalbremse-Initiative lanciert. Jetzt unterschreiben!

Seit Jahren kennt die Verwaltung im Kanton Zürich nur eine Richtung: mehr, mehr und nochmals mehr! Sie wächst seit Jahren deutlich schneller als die Bevölkerung. Deshalb hat die FDP Kanton Zürich die Personalbremse-Initiative lanciert – siehe den beiliegenden Unterschriftenbogen.

Die Zahlen sind eindeutig: Seit 2019 ist die Bevölkerung im Kanton Zürich um 5,1 % gewachsen. Die Zahl der kantonalen Vollzeitstellen hingegen um satte 13,3 % – also mehr als doppelt so stark. Diese Entwicklung soll laut Planung des Regierungsrates auch in den Jahren 2025 und 2026 so weitergehen.

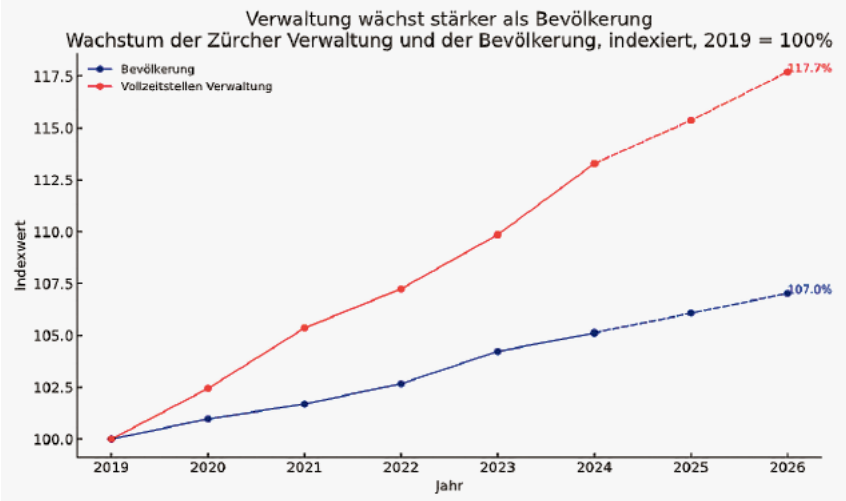
Hinzu kommt: Die Verwaltung kann ihre Angestellten überdurchschnittlich gut bezahlen – mit unseren Steuergeldern. Unsere KMU können mit dem Staat nicht mehr mithalten. Für sie wird es dadurch schwieriger, freie Stellen mit Fachkräften zu besetzen. Darunter leidet ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Damit muss endlich Schluss sein!

Unsere Volksinitiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Die Verwaltung darf künftig maximal nur noch so stark wachsen wie die Bevölkerung. Hätte diese Regel bereits zwischen 2019 und 2024 gegolten, wären dem Kanton rund 2000 neue Stellen und Ausgaben im dreistelligen Millionenbereich erspart geblieben.

Unterschreiben Sie daher bitte die Initiative für eine Personalbremse! Bitte verwenden Sie dafür den beiliegenden Bogen. Weitere Informationen zur Initiative finden Sie unter www.personalbremse.ch. Wir benötigen 6000 Unterschriften, damit die Bevölkerung über die Personalbremse abstimmen kann. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Matthias Müller,
Vizepräsident FDP Kanton Zürich



Die Verwaltung im Kanton Zürich wächst seit Jahren deutlich schneller als die Bevölkerung. Bild: zVg

NACHRUF AUF ROSMARIE FREHSNER

Eine wunderbare Frau im Dienste der Gesellschaft

Mit Rosmarie Frehsner verliert Dietikon eine Persönlichkeit, die über Jahrzehnte das politische und gesellschaftliche Leben ihrer Stadt entscheidend geprägt hat. Sie war eine Frau der Tat, gradlinig, humorvoll und mit einem Herz, das für Dietikon, den Kanton Zürich und ihre Mitmenschen schlug.

Fünfzehn Jahre lang setzte sie sich im Gemeinderat Dietikon unermüdlich für die Anliegen der Bevölkerung ein. Sie stand für eine Politik mit Augenmass, getragen von Verantwortung und gesundem Menschenverstand. Wer mit ihr arbeitete, wusste: Ihre Meinung war fundiert, ihr Wort verlässlich. Sie suchte nie das Rampenlicht, sondern Lösungen, die Bestand hatten.

Als Parteipräsidentin der SVP Dietikon führte sie die Sektion während vierzehn Jahren mit Weitblick, Strenge und Herzblut. Unter ihrer Leitung wurde die Partei zu einer tragenden Kraft im städtischen politischen Leben. Rosmarie Frehsner verstand es, Menschen zu motivieren und für politische Sachfragen zu gewinnen – mit Klarheit, Humor und der Fähigkeit, auch schwierige Diskussionen in gute Bahnen zu lenken.

Ein wichtiges Anliegen war Rosmarie Frehsner stets auch die innerparteiliche Nachwuchsförderung und die Karriereplanung: Während ihrer gesamten politischen Karriere brachte die Ortspartei der SVP Dietikon sechs Mitglieder des Stadtrates, davon zwei Stadtpräsidenten, und neun Gemeinderatspräsidenten hervor.

Auf kantonaler Ebene vertrat sie den Bezirk Dietikon während zwölf Jahren im Zürcher Kantonsrat. In der Justizkommission (JUKO) und der Spezialkommission Integration brachte sie ihre Lebenserfahrung, ihre Bodenständigkeit und ihre Leidenschaft für gerechte Lösungen ein. Ihre Arbeit war stets geprägt von Sorgfalt, Dialogbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein – Tugenden, die ihr über Parteigrenzen hinweg Respekt einbrachten.

Doch Rosmarie Frehsner war weit mehr als Politikerin. Mit Herz und Engagement organisierte sie über Jahre den Ausflug für die 70-jährigen Dietikerinnen und Dietiker – eine liebgewonnene Tradition, die sie damals vor dem Aus rettete. Jedes Jahr suchte sie Sponsoren, koordinierte Helferinnen und Helfer und sorgte dafür, dass die Jubilare ihren Ehrentag in würdigem Rahmen feiern konnten. Leider konnte diese schöne Tradition nicht weitergeführt werden.

Auch ausserhalb der Politik blieb sie aktiv. In der Zentrumsvereinigung Dietikon, deren Vorstand sie rund fünf Jahre angehörte, setzte sie sich für ein lebendiges Stadtzentrum und die Integration des neuen Stadtteils Limmatfeld ein. Mit ihrer Erfahrung, ihrem Humor und ihrer offenen Art war sie eine geschätzte Brückenbauerin zwischen Generationen und Meinungen.

Rosmarie Frehsner war ein Mensch, auf den man sich verlassen konnte. Sie lebte vor, was sie forderte: Eigenverantwortung, Verlässlichkeit, Einsatzbereitschaft und Zusammenhalt. Politik war für sie kein Selbstzweck, sondern Dienst an der Gemeinschaft – mit Haltung und Herz.

Dietikon verliert mit ihr eine starke Stimme, die stets das Wohl der Stadt über persönliche Interessen stellte. Ihre Spuren bleiben – in den Erinnerungen vieler Weggefährtinnen und Weggefährten und in der Geschichte unserer Stadt. Vielen Dank für alles, Rosmarie!

Rochus Burtscher,
Kantonsrat und Präsident SVP Dietikon

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP/EDU-KANTONSRATSFRAKTION

Schluss mit der linken Gewalt – Zürich steht hinter seiner Polizei

In Bern marschierten vor wenigen Tagen Tausende an einer sogenannten «Pro-Palästina-Demonstration». Doch was dort gerufen wurde, war kein Ruf nach Frieden, sondern blanker Hass – Hetze gegen Israel, gegen Juden, gegen den Westen. Vermummte Antifa-Gruppen, Angriffe auf Polizei und Eigentum, Angriffe auf unsere Gesellschaft an sich – das war kein Protest, das war Extremismus.

Auch im Kanton Zürich erleben wir eine bedenkliche Eskalation: SVP-Standaktionen werden attackiert, Chilbis gestört, Büros und Fassaden beschmiert – so wie auch unser eigenes Rathaus hier. Das HEV-Büro wurde am letzten Freitag angegriffen. Das sind keine Einzelfälle, sondern gezielte Aktionen einer gut organisierten Szene, die, überzeugt von der eigenen moralischen Überlegenheit, zunehmend auch vor Gewalt gegen unsere Demokratie und Institutionen nicht zurückschreckt.

Der Nachrichtendienst des Bundes zählt in den letzten acht Jahren 16 rechtsextreme, aber 743 linksextreme Gewalttaten – das sind über 97 Prozent. Da haben wir offensichtlich ein Problem. Trotzdem wird im öffentlichen Diskurs weiter so getan, als käme die Gefahr vorrangig von rechts.

Und während in Bern Chaoten Steine werfen, reichen in Zürich Grüne, AL, Juso und Gewerkschaften Beschwerde gegen das neue Polizeigesetz ein – jenes Gesetz, das vom Volk mit fast 64 Prozent angenommen wurde und genau solche Ausschreitungen eindämmen soll.

«Die SVP steht für Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaat.»

Das ist grotesk: Statt die Polizei zu stärken, will man jene schwächen, die uns schützen.

Unsere Polizei verdient Rückendeckung – nicht Belehrung. Gerade die jüngsten parlamentarischen Vorstösse zeigen leider, dass gewisse Kreise die wahren Probleme und Risiken verkennen. Man beschäftigt die Polizei lieber mit Vorstössen zu Political Correctness, anstatt sie in ihrer Kernaufgabe zu unterstützen: für Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

Die SP und ihre Jugendorganisation müssen das Gewaltproblem in den eigenen Reihen in den Griff bekommen, anstatt ständig mit moralischem Zeigefinger auf andere zu zeigen.

Solange linke Parteien zu Gewalt und Extremismus in den eigenen Reihen schweigen, verlieren ihre Appelle an Toleranz, an Glaubwürdigkeit.

Die SVP steht für Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaat – und für ein Zürich, das wehrhaft bleibt gegenüber Antifa, Gewalt und Hass.

Das nächste Wochenende wird zeigen, ob Zürich aus Bern gelernt hat – und ob wir den Mut haben, Gewalt und Extremismus konsequent zu stoppen.

Verlesen von Tobias Weidmann,
Fraktionspräsident SVP

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

SVP Russikon
http://svp-russikon.ch

Einladung zum Herbstanlass

Führung durch die Sammlung Spörri in Ehrikon
Ausstellung alter Landmaschinen und Geräte

Wann: Dienstag, 4. November 2025
Zeit: ab 17:30 Uhr
Wo: Hauptstrasse 54, 8489 Ehrikon (bei AVIA-Tankstelle)
Was: Führung
Festbeiz im Museum (beheizt)
Unterhaltung mit Hans Stoll
Kosten: Unkostenbeitrag für Führung und Grillwurst CHF 25.00 (Getränke nicht inbegriffen)

Anmeldung bis 29. Oktober 2025 an
Telefon: 079 355 66 94
oder auf unserer Webseite
https://www.svp-russikon.ch/anmeldung/

Weitere Infos unter: https://www.sammlung-spoerri.ch/index.htm

SVP-Polit-Apéro
SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich zu unserem politischen Diskussions-Forum ein.
Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 31. Oktober 2025, ab 18⁰⁰ Uhr mit

Marc Bochsler
Kantonsrat SVP Wettswil
Mitglied der Finanzkommission

Finanzpolitik Kanton Zürich

Ort:
Restaurant Bürgli
Seebacherstrasse 65
8052 Zürich

Programm:
ab 18⁰⁰ Uhr Eintreffen
18¹⁵ Uhr Referat
18⁴⁵ Uhr Fragen und Diskussion
19¹⁵ Uhr geselliges Beisammensein

Engagiert und bürgernah! Züri 11 SVP svp-zuerich11.ch
Mehr Schweiz

MEDIENMITTEILUNG DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

Cervelat statt Halal-Sugus – Wer hier lebt, muss sich anpassen!

Die Junge SVP Kanton Zürich wehrt sich entschieden gegen die zunehmende Islamisierung unseres Alltages und den Aufbau von Parallelgesellschaften mitten in der Schweiz.

Während traditionsreiche Produkte wie Cervelat für Schweizer Kultur und Handwerk stehen, passen sich die (zuvor) beliebten Sugus fragwürdigen religiösen Vorgaben an – neu sind die Zältli halal, aber leider nicht mehr geniessbar. Solche Entwicklungen zeigen, wie stark sich Teile der Gesellschaft vor Minderheiten beugen, statt unsere Werte selbstbewusst zu verteidigen und hochzuheben.

Am 20. Oktober hätte in Dietikon ein sogenanntes «Halal-Gym» mit geschlechtergetrennten Trainingsräumen und speziellen Gebetsbereichen eröffnet – wäre das zuständige Bauamt nicht aufgrund fehlender Unterlagen seitens der Betreiber eingeschritten. Was uns hier als Rücksichtnahme und Offenheit verkauft wird, ist in Wahrheit ein weiterer Schritt zu einer Parallelgesellschaft, die mit Integration nichts am Hut hat. Wer in der Schweiz leben will, soll sich anpassen, nicht umgekehrt – Punkt.

Besonders erschreckend ist, dass die islamische Radikalisierung zunehmend auch die Verletzlichsten unserer Gesellschaft trifft, wie die Berichterstattung von «20 Minuten» kürzlich zum Vorschein brachte: Bereits kleine Mädchen werden zu Kopftüchern gezwungen. Das ist ein alarmierendes Signal. Kopftücher stehen für Nicht-Integration und die Unterdrückung von Frauen. Auf Köpfen von Kindern haben sie definitiv nichts verloren.

Als Zeichen für Schweizer Kultur und gegen religiöse Extra-Würste verteilte die Junge SVP Kanton Zürich am vergangenen Dienstag gratis Cervelats in Dietikon. Die Schweiz braucht keine Anpassung, sondern Rückgrat. Bild: zVg

Die Junge SVP Kanton Zürich fordert:

- **Klare Grenzen gegenüber religiösem Separatismus**;
- **Keine staatliche Unterstützung** für Organisationen jeder Art, die Geschlechtertrennung oder religiöse Sonderregeln fördern;
- **Mut zur eigenen Kultur.** Der Cervelat gehört zur Schweiz – das Halal-Gym nicht!

«Wer hierherkommt, soll sich integrieren, Schweizerdeutsch lernen und unsere Werte respektieren. Wir passen uns nicht dem Islam an – wir stehen zu unserem Land, zu unserer wunderschönen Kultur und unseren Traditionen», schliesst Naemi Dimmeler, Präsidentin der Jungen SVP Kanton Zürich, ab.

GUTE STIMMUNG AUF DEM ZÜRICHSEE

SVP-Mitglieder in voller Fahrt auf der «MS Etzel»

Die letzte Schifffahrt in diesem Jahr mit der «MS Etzel» stand unter dem Zeichen der Sicherheitspolitik und der Mobilitätsinitiative. Die Nationalräte Mauro Tuena und Bruno Walliser berichteten ausführlich aus ihrem politischen Alltag.

Einmal mehr durfte die SVP des Kantons Zürich dank eines grosszügigen Sponsors auf eine Schifffahrt mit der «MS Etzel» einladen. Es standen spannende Referate von den Nationalräten Mauro Tuena und Bruno Walliser auf dem Programm.

JA zur Mobilitätsinitiative

Mauro Tuena amtet im Co-Präsidium der Mobilitätsinitiative. Mit viel Herzblut erklärte er den Teilnehmern der Schifffahrt die Wichtigkeit dieser Abstimmungsvorlage vom 30. November 2025. Mit der Mobilitätsinitiative wollen SVP, FDP und Die Mitte gemeinsam mit dem TCS und dem ACS Tempo 50 auf Hauptverkehrsachsen beibehalten. Reduktionen sind nur in Ausnahmefällen zu erwägen. Die Mobilitätsinitiative verhindert Stau, rettet Leben, indem Blaulichtorganisationen nicht behindert werden, schützt Quartiere vor Ausweichverkehr und verhindert flächendeckendes Tempo 30.

NEIN zur Juso-Enteignungsinitiative

Im zweiten Teil des Nachmittags erklärte Nationalrat Bruno Walliser den Anwesenden, weshalb die Juso-Initiative abgelehnt werden muss: Familienunternehmen würden zerschlagen und der Mittelstand müsste schlussendlich für die milliardenhohen Steuerausfälle bezahlen.

Auch zur «Service-citoyen-Initiative», welche von jeder Person mit Schweizer Bürgerrecht einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt fordert, empfiehlt die SVP ein klares NEIN. Hier würden vor allem die Gewerbetreibenden bestraft, indem alle ihre Mitarbeiter während dreier Wochen pro Jahr nicht im Betrieb wären.

Beide Referenten sind sich einig: Die sicherheitspolitische Lage in der Schweiz ist angeschlagen. Die SVP setzt alles daran, dass wieder besser für Recht und Ordnung gesorgt wird, für eine sichere und freie Schweiz!

Die Herbstfarben an den Ufern des Zürichsees boten ein wunderbares Bild. Genauso war auch die Stimmung auf dem Schiff bei Kaffee und Kuchen zwischen den beiden Referaten. Die Besucherinnen und Besucher haben sich rege unterhalten und den anwesenden Nationalräten zahlreiche Fragen gestellt. Für viele war es ein besonderes Erlebnis, persönlich mit einem Nationalrat sprechen zu dürfen.

Dank Sponsor auch 2026 wieder Schifffahrten

Dank des grosszügigen Sponsors darf die SVP des Kantons Zürich auch im nächsten Jahr wiederum sechs Schifffahrten mit der «MS Etzel» auf dem Zürichsee anbieten. Die erste Schifffahrt im neuen Jahr findet am Mittwoch, 27. Mai 2026, statt und steht unter dem Zeichen der Nachhaltigkeitsinitiative. Der Anlass wird im April im Zürcher Bote ausgeschrieben. Geniessen Sie Politik auf dem schönen Zürichsee!

Marlies Pfister,
Fraktionssekretärin SVP Kanton Zürich, Egg

NR Mauro Tuena warb für ein Ja zur Mobilitätsinitiative, während NR Bruno Walliser für ein Nein zur Juso-Initiative sowie der Service-citoyen-Initiative votierte. Bild: zVg

FREISINNIGE EU-TURBOS

Voraussehbar

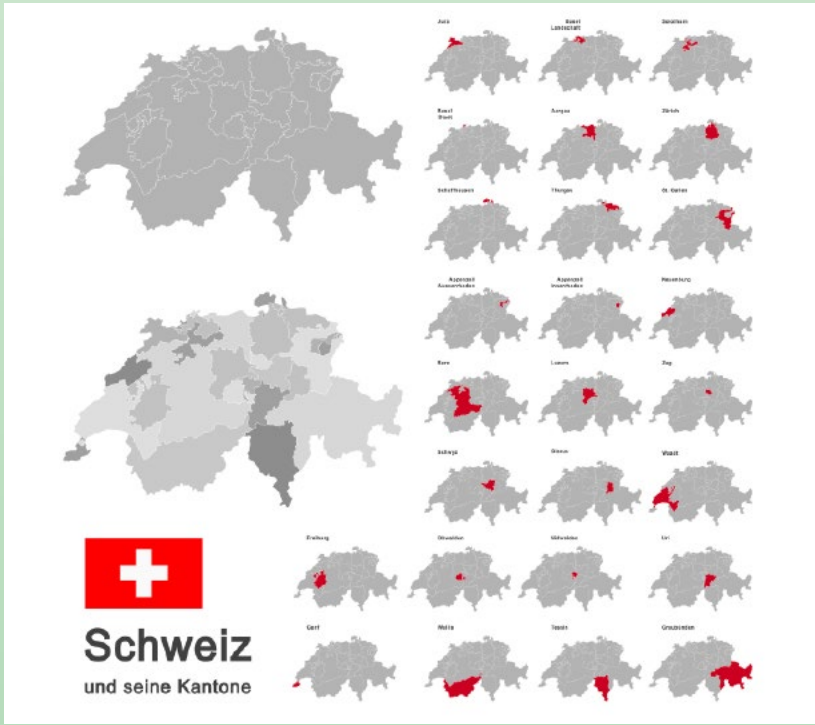
Auf die Frage, wie die Parole zur EU-Anbindung bei der FDP herauskomme, sagte ich auf «Teleblocher» am Vortag: «Das gibt sicher ein Ja. Die sind für diese Verträge, das ist alles zementiert. […] Und das mit dem Ständemehr, das glaube ich ihnen grad auch noch nicht.»

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Für diese Aussage musste ich wahrlich kein Prophet sein. Die Partei hat 1992 den Beitritt zum EWR und zur EU glühend befürwortet (wobei ihre besten Köpfe zwar auf unserer Seite kämpften). FDPler behaupteten damals, es werde von Brüssel keine bilateralen Verträge mehr geben. Die FDP hat 1995 sogar den EU-Beitritt beschlossen. Und Alt Bundesrat Pascal Couchepin, der sich im Vorfeld zu Wort meldete, ist ebenfalls ein EU-Beitrittsbefürworter und war (oder ist) Mitglied der Neuen Europäischen Bewegung (Nebs).

Ich wunderte mich, dass die FDP-nahe NZZ glaubte, bei der freisinnigen Delegiertenversammlung vom Samstag sei irgendetwas «unberechenbar» gewesen und es hätte ein überraschendes «Zufallsmehr» möglich sein können. Doch muss die FDP jetzt nach der erwarteten Ausschaltung des Ständemehrs damit leben, dass sie diese EU-Verträge – die eindeutig über der Verfassung stehen und die Bundesverfassung direkt verändern – faktenwidrig nicht dem Ständemehr unterstellen will. Petra Gössi muss diese Ausschaltung der Kantone jetzt in Schwyz verantworten, Andrea Caroni in Appenzell Ausserrhoden und Hans Wicki in Nidwalden.

Wer sich in der Schweizer Politik auskennt, kann sich nur wundern, wie der glasklar voraussehbare FDP-Entscheid von den Journalisten als atemberaubender, spannungsgeladener Krimi beschrieben wurde. Das einzig Überraschende war, dass EU-Turbo Simon Michel dem gegnerischen Alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann geistigen Zerfall vorwarf. Das erstaunt bei einer Partei, die immer wieder politischen Anstand predigt.



Die FDP lehnt ein Ständemehr für die Annahme der EU-Verträge ab und will damit die Kantone aushebeln. Bild: Adobe Stock

Engagiert und bürgernah! Züri 11 SVP svp-zuerich11.ch

SCHUTZ & RETTUNG ZÜRICH

Ausflug mit der SVP Züri 11 zur Schutz & Rettung Zürich / Wache Süd

Samstag, 8. November 2025
13:45 Uhr
Treffpunkt vor dem Eingang: Weststrasse 4, 8003 Zürich

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt: Anmeldungen bis spätestens 4.11.2025 an peter.schick@bluewin.ch

Anschliessend sind Sie herzlich zum Apéro eingeladen.

Alle sind herzlich willkommen!

svp-zuerich11.ch

Fadegrad

von
Tobias Infortuna

In der WG mit Bundesrat Jans

Mit schöner Regelmässigkeit belehren uns mit Steuergeld finanzierte Experten. Besonders witzig ist das, wenn es sich um hier wohnhafte Personen aus Deutschland handelt, die uns erklären, wie wir die Probleme lösen sollen, die durch die Zuwanderung entstanden sind.

Ein solches Problem ist die Wohnungsknappheit. Zahlreiche gebildete Köpfe trichtern uns pausenlos ein, dass mit mehr Verdichtung noch locker zwei Millionen oder mehr zusätzliche Zuwanderer aufgenommen werden könnten. Auch ETH-Professor David Kaufmann sieht das so. Er findet, der Traum vom Eigenheim sei nicht mehr zeitgemäss und fordert (nie wird empfohlen, sondern immer gefordert) das Ende von Einfamilienhäusern. Auch bezüglich Nachhaltigkeit seien 35 Quadratmeter pro Person statt wie aktuell 46 mehr als genug. Verdichten und in die Höhe bauen, Ostblock-Plattenbauten statt gemütliche Wohnquartiere – damit immer noch mehr Zuwanderer kommen können.

Lange kann es nicht mehr dauern, bis Experten und Denkfabriken die Wohngemeinschaft für alle fordern. Damit es nicht zu Diskussionen kommt, wird ausgelost. So kann es dazu kommen, dass Ihnen zwei Mitbewohner zugeteilt werden, weil Ihre Wohnung über 100 Quadratmeter verfügt. Vielleicht werden das zwei Grüne sein. Beim gemeinsamen Kochen des Tofuschnitzels kann dann der Ämtliplan besprochen werden. Hat Ihr Mitbewohner sein Lastenvelo wieder zu nah am Eingang parkiert? Kein Problem, er wird in Zukunft darauf achten – im Gegenzug dazu, dass Sie wegen des Klimas nur noch alle zwei Wochen duschen. Trösten Sie sich damit, dass es schlimmer kommen könnte. Mit etwas Pech bei der Verlosung könnte nämlich Bundesrat Jans in Ihrer Wohnung stehen, der gleich noch ein paar Asylanten mitbringt.

Jetzt lachen Sie noch, aber von linker Seite kommen immer wieder absurde Vorschläge gegen die Wohnungsknappheit. So auch das Vorkaufsrecht für den Staat, über das wir am 30. November abstimmen. Wenn das Volk das Recht auf sein Wohneigentum verlöre, wäre es nicht mehr weit, bis linke Professoren Enteignungen fordern würden. Und besonders kluge Denkfabriken würden Wohnkategorien für Menschen wie bei den Hühnern propagieren: Käfig-, Freiland- und Bodenhaltung. Lehnen Sie darum die Vorkaufsinitiative ab, sonst müssen Sie den Ihnen zugeteilten Quadratmeter im Hühnerstall vielleicht bald mit Bundesrat Jans teilen. Und weil Sie weder Asylant noch Gefängnisinsasse sind, könnten Sie beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht einmal gegen diese neue Wohnsituation klagen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Linke sind verantwortlich für die Missstände: Staats- und Politversagen im Kita-Bereich darf nicht mit Steuergeldern überdeckt werden

Die Rahmenbedingungen im Kita-Bereich haben vor allem linke Politiker geprägt. Der Zustand bei den Kitas ist also auch eine Bewertung der linken Rezepte. Und der Zustand ist schlecht: Skandale erschüttern die Branche, Betreiber sowie Eltern kritisieren die hohen Kosten, bis zur Hälfte der Betriebe machen finanzielle Verluste. Bewertung der linken Rezepte: Note 1 – durchgefallen!

Die Stadt Zürich gibt rund 100 Millionen Steuerfranken für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich aus. Gemäss einem Bericht der Beratungsfirma KPMG, den die Stadt Zürich in Auftrag gegeben hat, machte im Jahr 2019 die Hälfte der Kitas rückwärts. Trotz Dutzender Millionen Steuerfranken an Geldflüssen.

Der Staat ist das Problem

Das Hauptproblem ist die Überregulierung durch den Staat, welche alles massiv verteuert. Es geht um falsch gesetzte Betreuungsschlüssel, unnötige Akademisierung der Angestellten, bauliche Vorschriften und unzählige weitere Auflagen. Das zweite Problem: Die staatlichen Subventionen, die unrentable Betriebe knapp am Leben halten und so den Markt aushebeln. Die Lösung: Es braucht grössere Betriebe mit einer zentralen Verwaltung sowie Reformen der staatlichen Rahmenbedingungen.

Massiver Kita-Ausbau

Auch der Stadtrat unter Führung von Raphael Golta (SP) sieht die Entwicklung kritisch. Das Sozialdepartement verortet ein grosses Problem im Überangebot an Kitas. Der Anstieg ist beachtlich: 2016 boten 299 Kitas 5999 Betreuungsplätze. Vier Jahre später gab es fast doppelt so viele. «Es ist aber nicht die Aufgabe der Stadt, dieses Überangebot zu finanzieren», sagte die Sprecherin des Sozialdepartements im Jahr 2022.

Und was machen nun die Linken, die für diese Missstände politisch verantwortlich sind? Sie wollen nochmals über 20 Millionen Steuerfranken pro Jahr ins marode System pumpen – anstatt ihre Arbeit richtig zu machen. Das ist verantwortungslos und schiebt die Probleme nur auf. Durch die Inflation werden bald auch neue Millionenzuschüsse nicht mehr reichen – auch weil die strukturellen Probleme bleiben werden.

Steuererhöhungen drohen

Und Stadtrat Golta? Kein Wort mehr zum millionenteuren Überangebot. Keine Vorschläge, wie er den Kita-Markt fit machen will. Keine Vorschläge, keine Ideen, kein Wille. In der laufenden Legislatur haben es die linken Mehrheiten im Stadt- und Gemeinderat zudem fertiggebracht, das städtische Budget um über 2000 Millionen Franken jährlich wiederkehrende Ausgaben hochzutreiben. Beim ÖV-Ticket sollen nochmals 140 Millionen Franken dazukommen, dann noch 60 Millionen Franken für städtische Prämienverbilligungen und eben 20 Millionen Franken oder mehr bei den Kitas. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Weniger Staat, mehr Freiheit

Die Linken treiben die Stadt Zürich in die nächste Steuererhöhung und in die Zahlungsunfähigkeit. Es gilt, Verantwortung zu übernehmen, strukturelle Probleme dürfen nicht mit Geldern überdeckt werden. Das sind kurzfristige Scheinlösungen, die Millionen an Steuerfranken vernichten. Die Lösung lautet auch im Kita-Bereich: Weniger Staat, mehr Freiheit. Die SVP reichte mit Begleitvorstössen zur Parlamentarischen Initiative konkrete Vorschläge ein.

SVP-Gemeinderatsfraktion der Stadt Zürich

Der Kita-Bereich ist staatlich überreguliert, was den Betrieb massiv verteuert. Die Linken wollen aber keine strukturellen Reformen, sondern noch mehr Steuermillionen ins marode System pumpen. Bild: zVg

JA ZUR MOBILITÄT FÜR ALLE

Start in den Abstimmungskampf

Diesen Montag ist das Komitee «JA zur Mobilität für alle» in den Abstimmungskampf für die Mobilitätsinitiative gestartet. Die Initiative stellt sicher, dass der Verkehr auf den Hauptachsen im Kanton Zürich fliesst – zum Nutzen aller, die auf Mobilität angewiesen sind.

Wer mit dem Auto oder dem öffentlichen Verkehr unterwegs ist, will eines: ankommen. Doch immer öfter herrscht auf Zürcher Hauptstrassen Stillstand. Künstliche Tempobeschränkungen bremsen den Verkehr aus. Die Folgen: Stockender Verkehr, Stress und Zeitverlust für Pendler, Gewerbe und ÖV.

Hier setzt die Mobilitätsinitiative an: Sie sorgt für einheitliche Regeln auf den Hauptstrassen und verhindert ideologische Verkehrsbehinderungen, Ausnahmen bei Schulhäusern oder gefährlichen Kreuzungen bleiben möglich. «Mit der Mobilitätsinitiative stellen wir die bewährte Hierarchie der Strasse, Tempo 50 auf Hauptachsen, Tempo 30 in Quartieren, wieder her», hält Ueli Pfister, Kantonsrat SVP, fest.

Mauro Tuena, Nationalrat SVP, weiter: «Mit der Mobilitätsinitiative gewährleisten wir, dass der Verkehr in Zürich wieder fliesst.»

Weg frei für die Feuerwehr

In dicht besiedeltem Gebiet muss die Feuerwehr innerhalb von maximal 10 Minuten nach Alarmierung mit einem Einsatzelement von mindestens 10 Personen an der Einsatzstelle eintreffen. Tempo 30 verhindert das zusehends.

Beat Hirter, Präsident des kantonalen Feuerwehrverbands, sagt: «Es ist immer schwieriger, rechtzeitig am Einsatzort zu sein.» Die Mobilitätsinitiative sorgt dafür, dass der Weg im Notfall frei ist und die Rettungskräfte schnell vor Ort sind.

Quartiere vor Ausweichverkehr schützen

Viele Quartiere sind bereits tempoberuhigt. Das ist richtig und unbestritten. Hier sollen Kinder sicher spielen, Familien ruhig wohnen und Senioren gefahrlos unterwegs sein können. Doch wenn der Verkehr auf Hauptstrassen mit Tempo 30 künstlich gebremst wird, weicht er in die Quartiere aus. Das bedeutet: mehr Lärm, mehr Gefahren, weniger Lebensqualität. Durch die klare Trennung zwischen Durchgangsverkehr und Quartierstrassen schützt die Mobilitätsinitiative Quartiere vor Ausweichverkehr.

Nein zu flächendeckend Tempo 30

Was heute in einzelnen Städten beginnt, droht zur Norm zu werden: Flächendeckend Tempo 30 auch auf Hauptstrassen. Die Mobilitätsinitiative setzt hier ein klares Stoppsignal. Sie verhindert eine schleichende flächendeckende Temporeduktion und schützt damit die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrsadern – für eine pragmatische und vernünftige Mobilitätspolitik, die alle Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt.

Breite Allianz für eine pragmatische Verkehrspolitik

Neben den drei Parteien SVP, FDP und Die Mitte unterstützen auch der Regierungsrat, der Kantonsrat sowie etliche Verbände die Mobilitätsinitiative, darunter der TCS, der ACS, die Zürcher Handelskammer, der Hauseigentümerverband und der KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV).

Die Mobilitätsinitiative verhindert eine schleichende flächendeckende Temporeduktion und schützt damit die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrsadern. Bild: zVg

SVP GOSSAU ZH

Sehr gut besuchte Dorfführung durch das Gossauer Unterdorf

Die SVP Gossau ist sehr zufrieden mit der Dorfführung durch das Gossauer Unterdorf vom vergangenen Sonntag. Über 150 Interessierte folgten der Einladung und fanden sich zur Führung im Gossauer Unterdorf ein.

Nach der Begrüssung um 10.00 Uhr beim Kreisel Mönchaltorferstrasse folgte die Einführung ins Thema durch Alt Gemeinderat Fredi Wäfler, welcher die Dorfführung initiierte und damit an die früheren Dorfumgänge der SVP Gossau in den 80er-Jahren anknüpfte, welche damals mit dem Ortschronisten Jakob Zollinger stattfanden.

Für die Neuauflage des Dorfumganges konnte Fredi Wäfler den Journalisten und Ortshistoriker Heinz Girschweiler sowie als Zeitzeugen den im Gossauer Unterdorf aufgewachsenen Res Lehmann gewinnen. Neben den historischen Aspekten sorgten die Bauabteilung der Gemeinde Gossau mit ihrer politischen Vorsteherin, Gemeinde- und Kantonsrätin Elisabeth Pflugshaupt (SVP), und die Wasserversorgung Gossau mit Samuel Kunz für sachkundige Auskünfte zu dem laufenden Bauprojekt. Der Kanton als eigentlicher Bauherr liess sich dagegen entschuldigen, da Sonntag sei.

Mit kompetenten Referenten und einem Mikrofon samt leistungsstarker mobiler Box fand so die Führung von Kreisel zu Kreisel statt. Die Bevölkerung konnte so etwa erfahren, wo früher der Leichenwagen samt Pferd stationiert war und in welchem Restaurant sich früher die «Gossauer Halbwelt» zu Spiel und Geschäften traf.

Die unterirdische Durchleitung des Gossauer Baches spielte für das Unterdorf in den letzten 100 Jahren schon immer eine grosse Rolle, was sich im aktuellen Bauprojekt gerade wieder bestätigt. So wird das Unterdorf wohl bis Anfang 2027 ganz oder teilweise zur Durchfahrt gesperrt sein, bis die neue Einfassung des Baches und die Kanalisation und sonstigen Werkleitung fertiggestellt sind.

Dank der Baustelle konnte nun immerhin die Dorfführung ohne Verkehr stattfinden. Ein alter Gossauer konnte dem eingedolten Dorfbach aber schon früher Positives abgewinnen. So sei es in den 50er-Jahren die Mutprobe unter den Kindern gewesen, den Kanal mit einer Kerze zu durchqueren.

Geselliges Beisammensein

Nach vielen Anekdoten zum Dorfleben und Detailinformationen zum Bauprojekt fand sich die Führung schliesslich beim Restaurant Frohsinn ein. Nach den Dankesworten von Kantonsrat Daniel Wäfler (SVP) sorgte die Festwirtschaft mit Raclette und Würsten für das leibliche Wohl der Bevölkerung. Bei schönem Herbstwetter wurde weiter über Vergangenes und Zukünftiges in Gossau diskutiert. Mit geselligem Beisammensein klang der Anlass gegen Abend langsam aus und wird in guter Erinnerung bleiben.

Eine Vielzahl an Interessierten nahm an der Führung im Gossauer Unterdorf teil. Bild: zVg

SVP DÄNIKON-HÜTTIKON

Für fliessenden Verkehr statt Stau

Die SVP-Lokalpartei Dänikon-Hüttikon hat am 21. Oktober 2025 anlässlich der Mitgliederversammlung die Abstimmungsvorlagen für den 30. November 2025 diskutiert. Über die Mobilitätsinitiative referierte Christian Lucek, Alt Kantonsrat.

Mit Interesse folgten die SVP-Mitglieder an der Versammlung den Erläuterungen zu den verschiedenen Vorlagen der kommenden Abstimmungen. Christian Lucek stellte die Mobilitätsinitiative vor, welche er aus dem Initiativkomitee bestens kennt. Die Erläuterungen für eine schnellere Rettung anstatt eines Ausbremsens mit Tempo 30 stiess bei den anwesenden Feuerwehrleuten auf Zustimmung. Unternehmer Kenny Eichenberger steht für einen fliessenden Verkehr anstatt Stau ein und mit der Initiative wird für ruhigere Wohnquartiere anstelle von Ausweichverkehr gesorgt.

Weiter stellte die Ortspartei die Weichen für die kommenden kommunalen Abstimmungen im März 2026 und freute sich über einen Mitgliederbeitritt.

Fabian Schenkel,
Präsident SVP Dänikon-Hüttikon

v.l.n.r.: Beatrice Derrer (Kantonsrätin), Kenny Eichenberger (Unternehmer), Fabian Schenkel (Präsident SVP Dänikon-Hüttikon), Christian Lucek (Alt Kantonsrat, Initiativkomitee). Bild: zVg

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DER STADT ZÜRICH

SVP kritisiert Tempo-30-Pläne der Stadt Zürich

Die SVP kritisiert die am Mittwoch vorgestellten Pläne der Stadt Zürich, auf allen Strassen rund um den Hauptbahnhof Zürich Tempo 30 einführen zu wollen, aufs Schärfste.

Die vorgestellten Pläne des Stadtrats sehen vor, im Strassenraum rund um den Hauptbahnhof Zürich weiträumig und flächendeckend Tempo 30 einzuführen. Dies geschehe «aus Sicherheitsgründen», wie die Stadt in einer Mitteilung schreibt. Dass es sich dabei um ein vorgeschobenes Argument handeln dürfte, liegt auf der Hand: «Mit der Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit rund um diesen wichtigen Verkehrsknotenpunkt verfolgt die linke Stadtregierung ihr Ziel konsequent weiter, die Stadt Zürich für Autofahrer so unattraktiv wie nur möglich zu gestalten», meint SVP-Co-Präsident und Kandidat fürs Stadtpräsidium, Ueli Bamert. Dabei wäre es insbesondere in den Randstunden wichtig, auch in der Innenstadt zügig voranzukommen, was mit der geplanten, undifferenzierten Geschwindigkeitsbeschränkung nicht mehr möglich wäre.

Übergeordnetes Recht gilt auch für die Stadt

Dabei würde eigentlich auch für die Stadt Zürich gelten, was der Bund in der eidgenössischen Verkehrsregelverordnung vorgibt: «Die allgemeine Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge beträgt unter günstigen Strassen, Verkehrs- und Sichtverhältnissen 50 km/h in Ortschaften.» Einmal mehr foutiert sich der linksgrün dominierte Stadtrat also um übergeordnetes Recht. Offensichtlich soll mit dieser Massnahme bereits heute der Weg zu dem vor einem Monat vorgestellten, autofreien «Stadtraum Hauptbahnhof 2050» geebnet werden.

Jetzt erst recht: JA zur Mobilitätsinitiative

Bei Einschränkungen auf wichtigen verkehrsführenden Strassen von übergeordneter Bedeutung wie jenen rund um den Hauptbahnhof hat bekanntlich auch der Kanton ein Wörtchen mitzureden. Doch auch dies scheint die Stadtoberen nicht zu interessieren. «Umso wichtiger ist es, dass die Bevölkerung am 30. November JA zur kantonalen Mobilitätsinitiative sagt», mahnt SVP-Gemeinderat und Verkehrspolitiker Stephan Iten. Nur so kann die bevormundende und autofeindliche Politik der Stadt Zürich eingegrenzt und die zwanghafte, flächendeckende Einführung von Tempo 30 verhindert werden.

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Einladung
zur Abstimmungsarena
der SVP Bezirk Hinwil

Abstimmungspodien, Bachtelpreisvergabe und Informationen über das GZO

Programm:
ab 18:15 Uhr: Besichtigung und Apéro, Diskussionen mit den Politiker-innen
ca. 19:30 Uhr: Podiumsdiskussionen

Wann:
28. Oktober 2025

Wo:
FBW-Museum
Zürcherstrasse 95
8620 Wetzikon

Zudem:
Bachtelpreisvergabe mit Alt Bundesrat Ueli Maurer
Junge Personen in der SVP und ihre Perspektiven

Durchs Programm führt:
René Schweizer,
Präsident der SVP Bezirk Hinwil

Weitere Infos:
svp-oberland.ch

Es diskutieren:

Daniel Wäfler, Kantonsrat SVP
PRO Mobilitäts-initiative

Mandy Abou Shoak, Kantonsrätin SP
CONTRA Mobilitäts-initiative

Martin Hübscher, Nationalrat SVP
CONTRA „Initiative für eine Zukunft“

Benjamin Walder, Kantonsrat Grüne
PRO „Initiative für eine Zukunft“

Ein Abend für alle!
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind herzlich willkommen!

Für eusi Lüüt

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes
svp-zuerich.ch

Spenden: CH84 0070 0114 8037 2612 2

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33.
Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68.
Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 4. November 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Ueli Pfister.

Mittwoch, 26. November 2025, 15.00 – 20.00 Uhr, Chlaustreffen, Zentrum Burgwies, Bonstetten.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 5. November 2025, 11.30 Uhr, Polit-Lunch, Hotel-Restaurant Baumgarten, Rudolfingerstrasse 2, Benken, mit Richterin Evelyne Steiner. Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung bis 2. November 2025 (mit Wahl Fleisch oder vegetarisch) unter ycaspar@sunrise.ch.

Bezirk Andelfingen/Stammheim
Donnerstag, 30. Oktober 2025, 19.00 Uhr, Abstimmungspodium, Restaurant Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Nationalrätin Therese Schläpfer und Kantonsrat Paul Mayer. Anschliessend Apéro.

Bezirk Bülach/Rafz
Dienstag, 4. November 2025, 19.30 Uhr, Informationsabend zum Vertragspaket Schweiz – EU, Gasthof zum goldenen Kreuz, Landstrasse 15, Rafz, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Donnerstag, 6. November 2025, 19.30 Uhr, Infoabend zum Thema «Illegale Sprayereien», Singsaal Eichi, Grafschaftstrasse 55, Niederglatt.

Bezirk Dielsdorf/Steinmaur
Donnerstag, 27. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur, mit den Nationalräten Gregor Rutz und Barbara Steinemann sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Mittwoch, 19. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Brüelmatt, Dorfstrasse 10, Birmensdorf, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Gregor Rutz und Martin Haab.

Bezirk Dietikon/Geroldswil
Montag, 27. Oktober 2025, 18.30 Uhr, Polit-Talk, Gemeindesaal, Huebwiesenstrasse 36, Geroldswil, mit Nationalrat Mauro Tuena und Alt Nationalrat Roger Köppel. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch/termine.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Mittwoch, 19. November 2025, 18.00 Uhr, Politanlass, Embrisaal, Im Embri 8, Urdorf, mit Nationalrat Benjamin Fischer sowie den Kantonsräten Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich, und Roger Schmidinger.

Bezirk Hinwil
Dienstag, 28. Oktober 2025, 18.15 Uhr, Besichtigung, Apéro und Abstimmungspodium, FBW-Museum, Zürcherstrasse 95, Wetzikon, mit Nationalrat Martin Hübscher, Kantonsrat Daniel Wäfler und Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Horgen/Wädenswil
Samstag, 8. November 2025, 09.00 – 11.00 Uhr, Flyerverteilaktion, Treffpunkt K-Kiosk, Zugerstrasse, Wädenswil.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Dienstag, 4. November 2025, 17.30 Uhr, Herbstanlass, bei AVIA-Tankstelle, Hauptstrasse 54, Ehrikon. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster/Uster
Samstag, 25. Oktober 2025, 11.30 Uhr, Racletteplausch, Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse 20, Uster, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anmeldung unter daniel.schnyder@svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Mittwoch, 19. November 2025, bis Sonntag, 23. November 2025, SVP-Stand an der Wintimäss, Eulachhallen, Wartstrasse 73, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 25. Oktober 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Freitag, 14. November 2025, 18.30 Uhr, Polit-Apéro und Nachtessen, Restaurant Schützenstube, Kappenbühlstrasse 80, Zürich-Höngg, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Samstag, 15. November 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

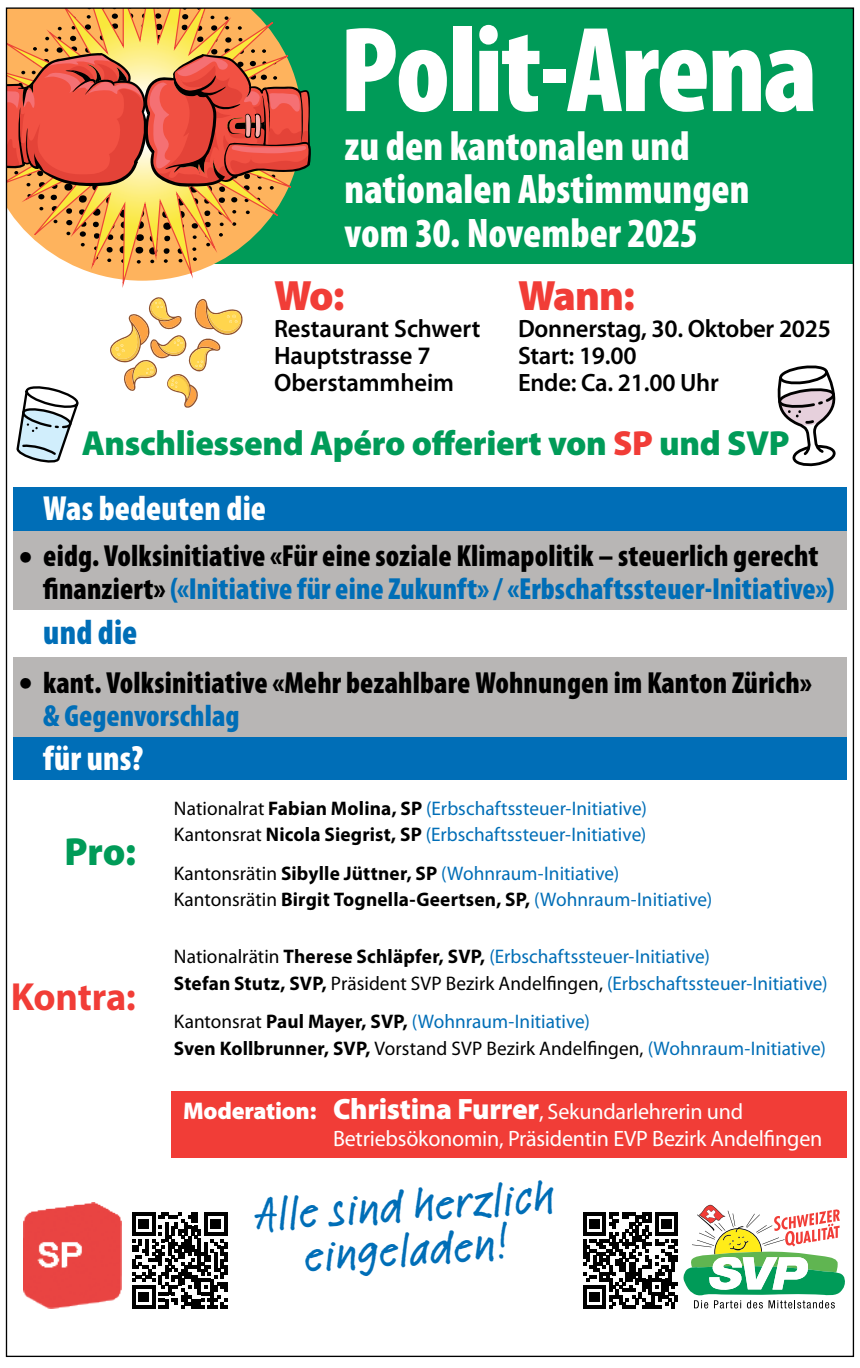
Samstag, 22. November 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 21. Februar 2026, 09.00 – 16.00 Uhr, Jasscup der SVP Schweiz, Breitisaal, Seebnerstrasse 21, Winkel. Weitere Informationen zur Anmeldung folgen.

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie oben rechts im Impressum.

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes